Aus der Rede von Theo Schiller am 28. November in Bochum:

„Je mehr Krise - desto mehr Reform"

Die Gründung der Liberalen Demokraten, das Weiterbestehen der Liberalen Vereinigungen und die Zukunftschancen dieser Organisationen standen im Mittelpunkt der Berichterstattung über das Treffen der 1.500 Liberalen am 28. November in Bochum. Die bemerkenswerten Inhalte der Eröffnungsrede von Professor Theo Schiller fanden nicht die verdiente Resonanz. In zehn Thesen verdeutlichte Schiller: "Die liberale Idee muß konkret auf die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse angewandt werden, und dann zeigt sich schnell, daß unglaublich viel zu tun ist, was keine andere Gruppierung in unserem politischen System anpackt":

1. Der klassische Liberalismus kämpfte um die Freiheit des Individuums gegenüber dem Staat, als rechtliche Freiheit in einem Rechtsstaat mit verfassungsmäßig verbürgten Grundrechten und richterlicher Kontrolle. Das Grundgesetz beruht auf dieser Idee. Aber diese freiheitliche Verfassung muß auch morgen noch gegen Deformierung und schleichenden Verfall verteidigt werden.

Erst Ende der 60er Jahre konnte das politische Strafrecht des Kalten Krieges von 1951 liberalisiert werden. Die autoritären Notstandspläne der frühen 60er Jahre konnten nur durch gemeinsamen Widerstand von Gewerkschaften, Studentenbewegung und Liberalen entschärft werden. Dem Radikalenerlaß von 1972 hätte von Anfang an aus liberaler Sicht widersprochen werden müssen; auch in der inneren Sicherheit wurden Fehler gemacht (Traube-Affäre, Anti-Terror-Gesetze). Statt nur hinterher zu korrigieren, müssen wir Liberale künftig solche Entwicklungen von vornherein verhindern und unmöglich machen. Der Datenschutz gegenüber dem drohenden Computerstaat, die Freiheitsbewahrung gegenüber dem perfektionierten Sicherheitsstaat – das bleibt für Jahrzehnte eine liberale Uraufgabe, der wir uns stellen müssen.

2. Der klassische Liberalismus hat wirtschaftliche Freiheit und Marktprozesse, damit aber auch die kapitalistische Eigengesetzlichkeit freigesetzt. Damit kann es nicht sein Bewenden haben. Seit langem haben die großen kapitalistischen Machtzusammenballungen neue Abhängigkeiten und Unfreiheiten für Arbeitnehmer, Verbraucher und den kleinen Mittelstand hervorgebracht und das Wettbewerbsprinzip des Marktes erdrückt oder doch eingeschränkt. Diese Entwicklungen sind keineswegs gestoppt, sondern schreiten inzwischen bereits multinational voran. Daher ist die liberale Funktion, Freiheit für *alle* Beteiligten im Wirtschaftsprozeß zu sichern, alles andere als überholt – sie ist vielmehr aktueller und schwieriger denn je. Sprüche wie "Mehr Markt – weniger Staat" nützen hier überhaupt nichts, sie lenken nur von den eigentlichen Problemen ab. Es geht darum, die Kleinen gegen die Großen, die Abhängigen gegen die Mächtigen, die innovativen Selbständigen gegen die Konzernbürokraten zu stärken, und zwar mit allen Mitteln, mit Verbraucherschutz, mit Wettbewerbspolitik, mit Mitbestimmung und mit Mietrecht. Liberale können nicht Marktwirtschaft sagen und die Fusion von Springer und Burda meinen. Auch die zentralisierte Volksbeglückung durch ein riesiges Kernenergiesystem ist nicht besonders marktwirtschaftlich und behindert letztlich breitgestreute Initiativen zur Energieeinsparung. Schließlich sind auch im Wohnungsbau der Markt und eine bedarfsgerechte Investitionspolitik noch lange nicht dadurch ausgebrochen, daß den großen Baugesellschaften, sei es die Neue Heimat oder die Allianz-Versicherung, durch Mietrechtsänderungen günstigere Renditen serviert werden. Effektive Kontrolle wirtschaftlicher Macht, Abbau wirtschaftlicher Abhängigkeiten (z.B. bei halbselbständigen Pächtern), Freisetzung bedarfsgerechter Investitionen und Initiativen (nicht unbedingt Kabelfernsehen) – das sind mehr denn je Aufgaben liberaler Wirtschaftsordnungspolitik.

Theo Schiller: Die liberale Idee konkret anwenden

3. Umweltschutz ist notwendig geworden, weil in den vergangenen Jahrzehnten den Unternehmen ein billiges Wachstum auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen erlaubt wurde. Hier wurde schlimm gesündigt, auch durch Liberale, und das muß anders werden. Die freien und öffentlichen Güter wie Luft, Wasser, Ruhe usw. können durch marktwirtschaftliches laissez-faire nicht geschützt werden, weil sie keinen Marktpreis haben; sie können nur politisch geschützt werden, durch Regeln, Verbote und durch das Verursacherprinzip. Millionen Bürger, vor allem junge Menschen, sind durch Bürgerinitiativen und auch die Grünen für diese Ziele aktiv geworden. Zwar hat die FDP in den letzten Jahren einiges getan, aber nicht genug. Künftig müssen Liberale ein integraler Teil der Umweltbewegung sein, wenn sie ihrem Anspruch gerecht werden wollen, für die persönliche Freiheit, die menschliche Würde und die körperliche Unversehrtheit des einzelnen einzutreten. Auch sollte wohl endgültig Schluß damit sein, die Grünen aus parteitaktischen Gründen zu verteufeln; in ökologischen Fragen kann es nichts anderes als Zusammenarbeit mit den Grünen geben, auch bei Unterschieden in Einzelfragen.

4. Die wirtschaftlichen Verteilungsprozesse, wie sie der Markt ergibt, führen allein nicht zu sozial gerechten Ergebnissen. Das Freiburger Programm der FDP von 1971 hat ein für allemal klargestellt, daß die großen Ungleichheiten der Einkommen und Vermögen von Liberalen nicht hingenommen werden können, sondern nach Gerechtigkeitsprinzipien korrigiert werden müssen. Denn jeder Mensch hat dem Grunde nach einen gleichen Anspruch auf eine materielle Lebensgrundlage und materielle Freiheiten. Vollständige Gleichheit zu erreichen, wird unmöglich sein. Aber wenn das Ziel des sozialen Ausgleichs fallengelassen wird – wie im Lambsdorff-Papier – dann heißt die Überschrift "Sackbahnhof Manchester" und nicht mehr Liberalismus. Liberale bejahen eindeutig den Sozialstaat; dafür haben sie in den Sozialdemokraten einen traditionellen Bündnispartner. Natürlich kann es nicht um den totalen Versorgungsstaat gehen; aber es macht auch keinen Sinn, den Sozialstaat als eine Schönwetter-Veranstaltung aufzufassen und ihn just dann in Frage zu stellen, wenn er von den Betroffenen gebraucht wird! Und schon gar nicht geht es, die Leute z.B. durch Mietpreissteigerungen einerseits und durch Wohngeldkürzungen andererseits in die Doppelzange zu nehmen ("Lambsdorffzange"). Sicher, überall treten Finanzierungsprobleme auf, weil man nicht langfristige sozialstaatliche Krisenvorsorge betrieben hat. Konsequenterweise muß man dann kurzfristig auf die Leistungsfähigkeit und Solidarität der Besserverdienenden zurückgreifen, z.B. durch die Ergänzungsabgabe. Aber die liberale Zu-

kunftsaufgabe heißt: den Sozialstaat langfristig durch Selbsthilfeinitiativen, präventive Gesundheitsvorsorge, Kontrolle der Arzneikosten und Eindämmung der pharmazeutischen Verschwendung u.ä. wieder tragfähig und krisenfest machen. Wie soll dies zustandekommen, wenn nicht sozialpolitisch glaubwürdige Liberale dazu einen wesentlichen Beitrag leisten?

5. Liberale wollen, daß jeder die gleiche soziale Chance hat, sich durch eigene Leistung selbst zu erhalten und zum gesellschaftlichen Wohlstand beizutragen. Dazu braucht jeder die Chance für berufliche Leistungsfähigkeit, und daher muß auch künftig Bildung Bürgerrecht sein. Für die geburtenstarken Jahrgänge wird das in demnächst 5 bis 10 Jahren zu *dem* Existenzproblem. Es ist geradezu gespenstisch, wie dieses Problem derzeit verdrängt und mit unsinnigen Schein-Lösungen wie der Bafög-Kürzung (bzw. Darlehensumstellung) vom vollkommen falschen Ende her aufgezäumt wird. Berufsbildungschancen und Offenhalten der Hochschulen heute sind doch Zukunftsinvestitionen für morgen, die unbedingt erbracht werden müssen, wenn wir nicht Ende der 80er Jahre sowohl volkswirtschaftliche Qualifikationsprobleme als auch hunderttausende von jungen Leuten mit massiven beruflichen Schwierigkeiten haben wollen – abgesehen davon, daß diese Jugendlichen in den nächsten Jahren in Apathie und Resignation hineingetrieben werden. Bildung als Bürgerrecht muß daher für Liberale auch in der Krise eine unverzichtbare Grundlage der Gesellschaftspolitik bleiben.

6. Gleiche Freiheit für alle – das heißt für Liberale vor allem auch Gleichberechtigung der Geschlechter. Es war in den 70er Jahren die FDP und es können auch zukünftig nur die Liberalen sein, die das gleiche Recht der Frauen z.B. durch ein Anti-Diskriminierungsgesetz parlamentarisch voranbringen können. Wer anders als Liberale wird denn auch weiterhin für eine Reform des § 218 im Sinne der Fristenregelung eintreten? Die liberale Idee ist nicht tot, sondern für die Frauen muß sie erst richtig lebendig gemacht werden.

7. Freiheit des einzelnen heißt vor allem auch Freiheit der Minderheiten. Anstelle der Ausgrenzung durch Diskriminierung und Vorurteile unterstützen Liberale den Rechtsanspruch auf Besonderheit und Individualität. Das gilt insbesondere im Fall der ausländischen Mitbürger. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, daß ohne die Liberalen der Umgang mit den Ausländern in unserem Land blitzschnell in unsozialen Opportunismus und indirekte Förderung von Ausländerfeindlichkeit abrutscht. Die Ausländer müssen deshalb möglichst rasch das Kommunalwahlrecht bekommen, damit sie endlich auch etwas für sich selbst tun können und nicht nur auf die Toleranz anderer angewiesen sind.

8. Freiheit des einzelnen ist nur möglich durch Teilnahme an der politischen Selbstbestimmung in der Demokratie. Liberale Politik kann sich daher nie darin erschöpfen, bei Wahlen Stimmen zu sammeln und dann munter damit zu regieren – oder gar klammheimlich damit zu verschwinden, wie die FDP im September 1982. Liberale brauchen den mündigen Bürger und sie setzen sich für die Erweiterung unmittelbarer Mitwirkungsrechte der Bürger in allen Lebensbereichen ein. Verbandsklage, Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene und Volksbegehren in Bund und Ländern gehören ebenso dazu wie das Recht des Bürgers auf Akteneinsicht gegenüber der öffentlichen Verwaltung. Noch nie gab es in Deutschland so viele engagierte Bürger; statt ihre Aktivität abzublocken und zu gängeln, müssen die Teilnahmechancen ausgeweitet werden, damit dieser Demokratie auch die aktiven Demokraten zuwachsen können, die einen Rückfall in autoritäre Herrschaftsstrukturen von vorneherein verhindern. Nur im Zusammenwirken mit den aktiven Bürgern und mit selbständigen Basisbewegungen kann liberale Politik innerhalb und außerhalb von Parlamenten sinnvoll praktiziert werden. Liberale Politik kann nie staatsbürokratische Bevormundung sein, sondern nur ein Beitrag, ein Angebot zur Selbstbestimmung der Bürger.

9. Liberale stehen für Freiheit, gegen Herrschaft. Sie haben kein fertiges Gesellschaftsbild, kein perfektes Gesellschaftsmodell, sondern folgen dem Prinzip der Machtkontrolle, der Dezentralisierung, der individuellen Gestaltung in freien Lebensräumen des einzelnen und dementsprechendem Abbau von Abhängigkeiten. Sie fördern die Kritik an Institutionen und fixierten Strukturen, damit regelmäßig deren Sinnhaftigkeit überprüft werden kann. Die Offenheit, die Reformfähigkeit der Gesellschaft ist daher ein tragender Grundsatz. Nach 1966 hat die FDP viele Reformbedürfnisse der jungen Generation aufgenommen und dadurch die liberale Funktion des Wandels erfüllt. Seit 1980, wenn nicht seit 1976/77, hat sie sich immer stärker eingeigelt. Wenn ich diese Versammlung betrachte, bin ich sicher, daß die liberale Reformfunktion künftig wieder munter wahrgenommen wird, nach dem Motto: "Je mehr Krise – desto mehr Reform."

10. In der Außenpolitik schließlich gibt es eine gefestigte liberale Tradition, in der auch wir hier stehen. Die Friedens- und Entspannungspolitik, die auf Ausgleich mit den östlichen Nachbarn und auf gesamteuropäische Sicherheit und Friedensordnung gerichtet ist, wurde ja nicht erst Anfang der 70er Jahre entdeckt. Sie ist von Pfleiderer und Dehler, ja ein Stück weit sogar von Mende, vor allem aber von Rubin und Scheel vorbereitet worden, und sie hat weit zurückreichende Wurzeln in der liberalen Friedensbewegung der Weimarer Zeit, die den Völkerbundsgedanken ebenso wie den Pazifismus zu fördern gesucht hat. Heute muß es ein weltumspannendes Interesse an Friedenssicherung durch Abrüstung geben. Dabei gibt es auch mit der jetztigen FDP noch eine sehr weite Übereinstimmung. Aber bereits die bisherige innerparteiliche Diskussion in der FDP hat gezeigt, daß die Bedenken, ja die eindeutige Ablehnung gegenüber der Abrüstungsmethode namens "Nachrüstung" weit verbreitet sind. Wir werden diese Frage hier nicht ausdiskutieren können. Aber ich bin sicher, daß nur wenige einer Stationierungsautomatik ohne grundsätzliche Würdigung der Verhandlungsergebnisse von Genf das Wort reden könnten. Es kommt doch wohl darauf an, die Verhandlungen über nukleare Abrüstung durch andere Mittel und Perspektiven der Friedenssicherung voranzubringen, statt durch Drohungen mit einer Raketenstationierung, die im Ergebnis die Sicherheitslage in Europa keinesfalls verbessern, sondern wesentlich verschlechtern würde.

Theo Schiller in Bochum: Ein Angebot zur Selbstbestimmung der Bürger